



## AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

02. SEP. 1983

Zahl: wie umstehend  
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)SALZBURG, am  
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Betr.: wie umstehend

Adresse der zuständigen Dienststelle:  
Chiemseehof  
Telefon: (06222) 41561-0\*  
Klappe: 2580/HR Dr. Hueber

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Nö. Landesregierung  
Schenkenstraße 4  
1014 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Zr Wasserbauer

17 -GE/19 83

Datum: 1983-09-12

Verteilt: 1983-09-12

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Mayer  
Landesamtsdirektor-StellvertreterFür die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



# AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

An das  
Bundesministerium für  
Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8  
1010 Wien

SALZBURG, am 2.9.1983  
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Adresse der zuständigen Dienststelle:  
Chiemseehof  
Telefon: (06222) 41561-0\*  
Klappe: 2618/Dr. Paulus

Zahl: 0/1-420/140-1983  
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Betr.: Entwurf eines Abgabenänderungsgesetzes 1983

Bzg: Do. Zl. GZ. 06 0102/11-IV/6/83

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Nach den dem Entwurf angeschlossenen Erläuterungen sind durch die gegenständlichen Novellierungsvorhaben Einnahmenausfälle für Bund, Länder und Gemeinden in einer Gesamthöhe von 200 Millionen S zu erwarten. Bei derartigen Vorhaben müßte der Bund mit jenen Gebietskörperschaften, die Einnahmenausfälle durch diese zu erwarten haben, Verhandlungen nach § 5 FAG 1979 führen. Dieser Verpflichtung ist der Bund bisher nicht nachgekommen. Trotzdem kann, da der Einnahmenausfall für das Land Salzburg nur geringfügig sein wird und die Begünstigung der Grenzgänger volkswirtschaftlich durchaus gerechtfertigt erscheint, dem vorliegenden Entwurf eines Abgabenänderungsgesetzes 1983 zugestimmt werden.

Ergänzend darf festgehalten werden, daß jede Regelung begrüßt wird, wonach die Gemeinden vom Vorsteuerabzug nicht ausgeschlossen sind. § 12 Abs. 3 Z. 4 des Entwurfes zur Novellierung des Umsatzsteuergesetzes 1972 entspricht dieser Zielsetzung, wobei jedoch die Formulierung so erfolgen sollte, daß die Betriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts grundsätzlich vom Vorsteuerabzug nicht aus-

- 2 -

geschlossen sein sollten. Die Festsetzung eines Mindestumsatzes würde die umsatzschwächeren Betriebe bzw. Gemeinden benachteiligen, weshalb ein Mindestumsatz entweder überhaupt entfallen bzw. möglichst gering angesetzt werden sollte.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Mayer

Landesamtsdirektor-Stellvertreter